

Alleinerziehend und allein gelassen

Höheres Armutsrisiko, weniger Teilhabe: Einelternfamilien stehen im Abseits

Mindestens jede fünfte Familie in Deutschland ist heute eine Einelternfamilie. Rund 90 Prozent der Alleinerziehenden sind Frauen. Insgesamt leben in diesen Familien 2,3 Millionen Kinder unter 18 Jahren. So weit die bloße Statistik. Hinter den Zahlen verbirgt sich ein tiefer Riss, der durch die Gesellschaft geht. So sind Alleinerziehende gegenüber anderen Familienformen schlechtergestellt: im Steuerrecht, auf dem Arbeitsmarkt (Stichwort unfreiwillige Teilzeitarbeit). Sie sind als Mütter mit ihren Bedarfen immer noch nicht hinreichend berücksichtigt – die Kinderbetreuung ist noch nicht hinreichend flexibel, (gute) Ganztagschulen noch nicht flächendeckend ausgebaut. Im Alter sind Alleinerziehende überproportional häufig von Altersarmut betroffen.

Kurz: Alleinerziehende leisten viel. Aber sie haben weder die gleichen

Chancen noch die gleiche Teilhabe wie andere Eltern. Und das hat die bekannten langfristigen Auswirkungen auf ihre Kinder. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik müssen endlich das Leitbild des existenzsichernd erwerbstätigen Erwachsenen mit familiären Fürsorgepflichten umsetzen. Nur so kann allen Familien, ob vor oder nach einer Trennung oder Scheidung, ob mit einem oder mehreren Kindern, ein Leben oberhalb von Armutsgrenzen ermöglicht werden.

Die Hälfte aller Kinder in Armut lebt bei Alleinerziehenden, zu 90 Prozent bei Müttern. Einelternfamilien haben mit rund 43 Prozent das größte Armutsrisiko aller Familienformen, und das, obwohl die Erwerbstätigkeit alleinerziehender Frauen mit ca. 70 Prozent hoch ist und weiter ansteigt. Arbeit allein schützt sie und ihre Kinder also nicht vor Armut. Das ist seit

Langem bekannt. Da Leistungen wie das Kindergeld, der Unterhaltsvorschuss oder das Elterngeld vollständig auf Sozialleistungen angerechnet werden, bieten sie gerade für Haushalte mit niedrigem Einkommen keinen Schutz vor Kinderarmut.

Die paritätische Mitgliedsorganisation Verein alleinerziehender Mütter und Väter, Landesverband Niedersachsen e.V. (VAMV) fordert deshalb die Einführung einer Kindergrundsicherung unabhängig vom Einkommen der Eltern, in der alle kindbezogenen Transfers zusammengefasst werden.

*Monika Placke
Landesgeschäftsführerin
Verband alleinerziehender
Mütter und Väter,
Landesverband Niedersachsen e.V.*